



29. Mai 2020



Liebe Leserinnen und Leser,

auch wir im Landtag sind auf dem Weg zu einer parlamentarischen Normalität. Den Eindruck kann man jedenfalls bei einem Blick auf die Tagesordnung gewinnen. Sowohl am Mittwoch als auch am Donnerstag ging es wieder bis in die späten Abendstunden.

Also alles wie vorher?

Nein, absolut nicht! In der Schulpolitik herrscht nach wie vor Chaos, das Ministerin Gebauer nicht in den Griff bekommt. Mit unserem Antrag für mehr Sicherheit, Struktur und Klarheit an den Schulen geben wir ihr konkrete Maßnahmen an die Hand, wie sie es besser machen könnte. Dazu haben wir ein **3-Phasen-Modell** entwickelt, das auch auf kreative Ansätze zurückgreift. Dafür müsste Frau Gebauer einfach nur guten Willen zeigen. (Mehr dazu auf Seite 2)

Politischer Wille wäre auch im Bereich der Wohnungspolitik gefragt. Ministerin Scharrenbach fährt mitten in der Corona-Krise den Mieterschutz in NRW zurück. Dabei sind gerade jetzt in der Krise viele Mieterinnen und Mieter bereits bei geringen Lohneinbußen durch ihre Wohnkosten finanziell überlastet. Entlastung der Mieterinnen und Mieter, ein politisch zentrales Thema, welches dieser Landesregierung aber fremd zu sein scheint. Grund genug, den Finger in die Wunde zu legen. Am vergangenen Donnerstag haben wir in einer Aktuellen Stunde nochmals auf diesen Missstand hingewiesen.

Auch Entlastungen und Unterstützungen für Verbraucherinnen und Verbraucher standen am Plenardonnerstag bei der Debatte um Konjunkturpakete auf der Tagesordnung. Allerdings reicht die von CDU und FDP getragene „Wirtschaftsbrille“ nicht aus. Die einseitige Bedienung der Unternehmerinteressen vergisst die breite Masse. Die **Erhöhung des Mindestlohns** wäre ein Gebot der Stunde. Bund und Länder nehmen zurzeit Milliarden in die Hand, um Unternehmen zu retten. Teile der Union versuchen zeitgleich bei Beschäftigten im Niedriglohnsektor zu sparen. Getreu des Mottos „Irgendwo muss das Geld ja herkommen.“ Das ist eine Kampfansage an den Sozialstaat! Wir haben unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass wir dieses Vorgehen nicht dulden!

Zum Abschluss möchten wir Ihnen noch eine persönliche Botschaft mitgeben: Die Zahl der Neuinfektionen mit dem SARS-CoV-2 sinkt kontinuierlich - glücklicherweise. Auch das öffentliche Leben wird schrittweise wieder hochgefahren. Das bedeutet jedoch nicht, dass nun alles geschafft ist. Umso mehr müssen wir uns an Hygiene- und Abstandsregeln halten. Wir als Gesellschaft sind nach wie vor auf die Achtsamkeit jeder und jedes Einzelnen angewiesen. Nur so können wir eine zweite Welle vermeiden und die Zahl der Neuinfektionen weiterhin gering halten.

Herzliche Grüße

Heike Gebhard

S. Watermeier

Aus dem Landtag

Plenarrede von Sebastian Watermeier

Nach einem Antrag der Grünen zur Akzeptanzoffensive im Düsseldorfer Landtag sowie einer Berichtsanhfrage unsererseits äußerten sich auch die regierungstragenden Fraktionen zum 5G-Ausbau in NRW. „Getreu dem Motto – jetzt machen wir auch mal einen Antrag, bevor die Opposition uns weiter nervt“, so Sebastian Watermeier in seiner Plenarrede am vergangenen Donnerstag. Dabei bleibt das Papier von Schwarz-Gelb auf der rein deskriptiven Ebene des Ist-Zustands. „Was haben Sie zum Beispiel konkret unternommen, um bei der Deutschen Telekom daraufhin zu wirken, endlich auch im Ruhrgebiet den 5G – Ausbau voranzubringen?“, fragt er folgerichtig. In Gelsenkirchen wurde im Gewerbepark Schalke-Nord zwar mittlerweile eine Funkzelle 5G-fähig gemacht, von einer flächendeckenden 5G-Versorgung sind die bevölkerungsreichen Ruhrgebietskommunen aber noch weit entfernt. „Die benachbarte Schalker Meile profitiert bei aktuellem Ausbaustand schon nicht mehr, geschweige denn die rund 3 Kilometer entfernte Zoom Erlebniswelt oder die dicht besiedelte Gelsenkirchener Mitte“, stellt der Abgeordnete fest und fordert endlich eine Dialog- und Umsetzungsoffensive seitens der Landesregierung.

Zum Video

Investitionen starten - nicht gegen die Krise ansparen

Die Corona-Pandemie wird voraussichtlich zum größten Konjunktureinbruch der Nachkriegsgeschichte führen. Soforthilfen allein können das nicht ausgleichen. **Es wäre auch fatal, jetzt gegen die Krise anzusparen.** Wir müssen stattdessen langfristig und zukunftsgerichtet in die Stärkung der Wirtschaft investieren.

Dafür haben wir ein 3-Säulen-Konjunkturprogramm entwickelt: Erstens: Einkommen stärken. Nur so kann Kaufkraft entstehen. Dafür braucht es unter anderem den Mindestlohn von 12 Euro. Zweitens: Wir brauchen massive Investitionen in nachhaltige Industrie, Mobilität, Digitalisierung und die „Köpfe von morgen“. Drittens: Die öffentliche Hand stärken. Kommunen brauchen finanzielle Entlastung. Die Landesregierung muss sich beim Bund für das Konjunkturprogramm einsetzen und ein ergänzendes Landesprogramm auf den Weg bringen. Jetzt ist die Zeit für Investitionen!

Drucksache 17/9356

3-Phasen-Konzept für die Bildung

Erst der Termin, dann das Konzept – so lässt sich das Krisenmanagement der Landesregierung zusammenfassen. Eine völlig unverständliche Reigenfolge. Zu leiden hatten darunter neben den Schulen natürlich die Kinder und ihre Eltern. Eine klare Strategie, die Sicherheit, Struktur und Klarheit bietet, fehlt bis heute. Stattdessen widersprüchliche Schulmails und Pressestatements von Ministerpräsident Laschet und Schulministerin Gebauer. Damit muss endlich Schluss sein. Wir haben die Landesregierung daher aufgefordert ein Krisenkonzept für die Bildung aufzustellen. Drei Phasen sollen dabei im Fokus stehen: 1.) der Zeitraum bis zu den Sommerferien, 2.) die Ferien selbst und 3.) das neue Schuljahr – es geht jetzt darum, konkrete Maßnahmen für einen funktionierenden Schulbetrieb zu definieren.

Drucksache 17/9354

Ein klares Konzept für Kita-Öffnungen

Nach dem öffentlichen Aufschrei musste Minister Stamp einlenken und seine Pläne zur Kita-Öffnung deutlich ausweiten. Indoor-Spielplätze zu öffnen, noch bevor die Frage der Kinderbetreuung geregelt war, zeugte einmal mehr von der falschen Prioritätensetzung dieser Regierung. Dabei war unsere Forderung nach einem konkreten Plan für Kita-Öffnungen alles andere als neu. Und doch, unser Druck hat gewirkt. Ab dem 8. Juni geht es endlich wieder schrittweise in einen „Regelbetrieb“, auch wenn das Betreuungsangebot noch lange eingeschränkt bleiben wird.

Trotz dieses Umstands verlangt Minister Stamp in den nächsten Monaten die Hälfte der KiTa-Beiträge. Wir hingegen wollen, dass sie weiter ausbleiben. Laschet fordert vom Bund 600 Euro Familienbonus, das Land selbst will von Eltern aber weiter kassieren. Wir finden: Üble Trickserei!

Drucksache 17/9359

Leistungen von Eltern anerkennen – sie sind es uns wert!

Die Corona-Krise bringt viele Familien an ihre Grenzen. Eltern müssen bei der Kinderbetreuung Übermenschliches leisten und können deshalb oft ihrem Job nicht mehr in vollem Umfang nachkommen. Es ist richtig, dass Bundesfamilienministerin Giffey den Lohnersatz für berufstätige Eltern von bisher sechs auf zehn Wochen pro Elternteil verlängert hat. Allerdings weiß keiner, wie lange die pandemische Lage noch anhalten wird. Wir haben deshalb die Entfristung und die Erhöhung der Hilfen für Eltern gefordert. Wer aufgrund der Kinderbetreuung vorübergehend nicht berufstätig sein kann, sollte nicht auch noch Geldsorgen haben. Zum Weltelterntag am 1. Juni wäre die monetäre Absicherung durch das Infektionsschutzgesetz ein wichtiges Zeichen. Wir erkennen die Leistungen der Eltern in der Krise an.



Copyright by www.pixabay.com

Drucksache 17/9360

Mehr Investitionen für die Bildung

NRW ist Bildungsland. Weltweit renommierte Hochschulen und Universitäten sind hier beheimatet. Trotzdem hinkt das Land bei der Schulfinanzierung hinterher. Das „Gute Schule 2020“-Gesetz aus der letzten Legislaturperiode hat an vielen Schulen bereits zu deutlichen Verbesserungen geführt. Trotzdem gibt es immer noch großen Investitionsbedarf, um die teils noch maroden Schulen baulich und digital in den bestmöglichen Zustand zu bringen. Die Landesregierung muss das bestehende Investitionsprogramm fortführen und dafür weitere 2,5 Milliarden Euro investieren. Die Schülerinnen und Schüler Nordrhein-Westfalens verdienen die besten Bedingungen für erfolgreiches Lernen.

Drucksache 17/9355

Ein klares Bekenntnis zu Europa

NRW liegt im Herzen Europas und ist heute enger denn je in kultureller, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht mit allen Staaten der Europäischen Union verbunden. Als unsere Verfassung vor über 70 Jahren in Kraft trat, konnte noch niemand ahnen, wie intensiv diese Verbindung werden würde. **Besonders in Krisenzeiten zeigt sich: Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger.** Deshalb haben die demokratischen Fraktionen im Landtag NRW beschlossen, den Europabezug in die Landesverfassung aufzunehmen und sich so gemeinsam deutlich gegen aufkommende nationalistische Tendenzen zu stellen. Mit diesem klaren Bekenntnis zu einem geeinten Europa würdigen wir die wichtige Rolle, die die EU für NRW spielt und gestalten so gemeinsam eine bessere Zukunft.



Copyright by www.pixabay.com

Drucksache 17/9352

Der Anfang vom Ende miserabler Arbeitsbedingungen

Die Bundesregierung – allen voran Arbeitsminister Hubertus Heil – will die Vorschriften beim Arbeitsschutz auf Schlachthöfen ab dem kommenden Jahr deutlich verschärfen. Er hat damit einen großen Schritt in Richtung besserer Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie gemacht. **Das ist ein großer Erfolg für die SPD-Landtagsfraktion, denn dafür haben wir uns schon lange eingesetzt.**

Grund zur Freude also, aber kein Anreiz sich jetzt auszuruhen. Auch in anderen Branchen, beispielsweise bei Erntehelfern oder in der Baubranche gibt es häufig Missstände beim Arbeits- und Gesundheitsschutz. Wir brauchen klare gesetzliche Regelungen, damit die Ausbeutung von Menschen zum Zweck wirtschaftlicher Profitmaximierung endlich gestoppt wird. Wir werden auch künftig genau hinschauen, ob die angekündigten Verbesserungen umgesetzt werden.

Drucksache 17/9362

Häusliche Pflege stärken! Für die vielen Pflegebedürftigen in NRW

In NRW sind Schätzungen zufolge 100.000 Menschen in der häuslichen Pflege illegal beschäftigt. Einige von ihnen mussten oder wollten im Zuge der Corona-Krise in ihre Heimat zurückkehren. So stehen etliche pflegebedürftige Menschen in NRW auf einen Schlag alleine da. Legal beschäftigte Pflegekräfte können sich viele schlicht nicht leisten. Um den drohenden Kollaps in der häuslichen Pflege abzuwenden, muss die Landesregierung jetzt aktiv werden. Die aktuelle Situation zeigt mehr denn je, dass Betreuungskräfte aus dem Ausland wesentliche Stützpfiler der häuslichen Pflege in NRW sind. Deshalb muss die Landesregierung sich auf Bundesebene für eine rechtssichere Basis für die Beschäftigten aus dem Ausland einsetzen und sie vor Ausbeutung schützen. Auch Pflegebedürftige und ihre Familien brauchen mehr finanzielle Unterstützung, damit sie nicht den Weg in die Kriminalität wählen und illegale Beschäftigungsverhältnisse überflüssig werden. Die Landesregierung muss sich daher dringend mit ihren Möglichkeiten auf Bundesebene für eine Reform der Pflegeversicherung einsetzen.



Copyright by www.pixabay.com

Drucksache 17/9361

Unabhängige Berichterstattung sichern – Medienschaffende schützen

Bedrohungen gegen Journalistinnen und Journalisten nehmen immer mehr zu. Die psychische Belastung steigt und wirkt sich auf die Arbeit der Medienschaffenden aus. In einer Studie des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung geben mehr als die Hälfte der befragten Journalistinnen und Journalisten an, dass sie Verständnis dafür haben, wenn Kolleginnen und Kollegen aus Angst vor Angriffen über bestimmte Themen nicht mehr berichten. Das ist eine fatale und überaus besorgniserregende Entwicklung, denn Journalistinnen und Journalisten schützen mit ihrer unabhängigen und kritischen Berichterstattung unsere Demokratie. Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass sie ihrer Arbeit wieder angstfrei und uneingeschränkt nachgehen können.

Drucksache 17/9357

Faire Kommunalwahlen 2020 – auch in Krisenzeiten

Die Corona-Pandemie hat erhebliche Auswirkungen auf die kommenden Kommunalwahlen. Kontaktbeschränkungen erschweren die Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten schon jetzt ungemein. Auch bei der Durchführung der Wahlen wird nicht alles so laufen wie üblich. Es wird schwerer werden, genügend Wahlhelferinnen und Wahlhelfer zu organisieren oder auch passende Räume für die Stimmabgabe zu finden. Deshalb haben sich CDU, SPD und FDP zusammengeschlossen und ein Gesetz zur Durchführung der kommenden Kommunalwahlen auf den Weg gebracht. Sie begegnet den Herausforderungen der Corona-Pandemie und sichert den reibungslosen und fairen Ablauf auch in Krisenzeiten.

Drucksache 17/9365



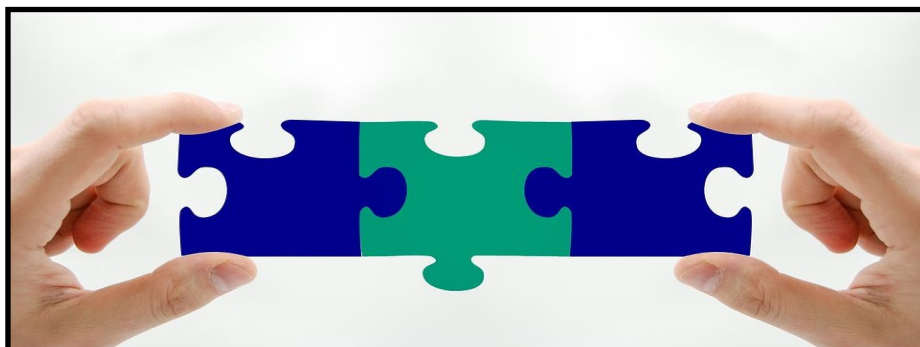
Copyright by SPD-Landtagsfraktion

Einheitliche Tarife für den ÖPNV

Ein guter, günstiger und attraktiver ÖPNV ist die Voraussetzung für die klimafreundliche Mobilitätswende, die NRW dringend braucht. Das bestehende Tarifsystem mit seinen teils unüberschaubaren und auch unfairen Regelungen zwischen den einzelnen Verkehrsverbünden stiftet bei Fahrgästen eher Verwirrung, als dass es für den Umstieg auf Bus und Bahn begeistert. Ein und dieselbe Strecke kann auf der Hinfahrt teurer sein als auf der Rückfahrt. Das verärgert zu Recht. Die Landesregierung muss deshalb gemeinsam mit den Verkehrsverbünden faire und einheitliche Lösungen für den ÖPNV erarbeiten und so wieder mehr Menschen in NRW für den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel begeistern.

Drucksache 17/9358

Kommunen nicht im Stich lassen – „Ja“ zum Kommunalen Solidarpakt 2020



Copyright by www.pixabay.com

Durch die Corona-Krise fehlen in den Kassen der NRW-Kommunen Milliarden. Besonders leiden die Städte und Gemeinden, die ohnehin bereits hoch verschuldet sind. Mit dem **„Kommunalen Solidarpakt 2020“** hat Bundesfinanzminister Scholz einen guten Vorschlag zur Entlastung der Kommunen gemacht. Nun liegt es an Ministerpräsident Laschet, seinen lobenden Worten für das Konzept auch Taten folgen zu lassen. Er muss die Blockadehaltung bei der Union lösen. Schafft er das nicht, schadet er den Interessen der Menschen in NRW und beweist, dass er sich selbst in seinem politischen Lager nicht durchsetzen weiß. Kommunen sind das Fundament bei der Bekämpfung der Pandemie und werden auch weiterhin eine tragende Rolle bei der Bewältigung der Folgen der Krise spielen.

Drucksache 17/9364

Mit einem Sicherheitsbericht gezielter gegen Kriminalität arbeiten

Die polizeiliche Kriminalitätsstatistik zeigt in NRW einen Rückgang der erfassten Straftaten in vielen Bereichen. Das ist zwar erfreulich, stellt aber nicht die ganze Wirklichkeit dar. Viele Straftaten werden nämlich nicht erfasst. Um vorausschauende Kriminalitätspolitik betreiben zu können, brauchen wir einen umfassenden Sicherheitsbericht, der mehr Daten einbezieht. Mit ihm können Behörden und Politik bessere Konzepte zur Bekämpfung von Kriminalität entwickeln. Auch NRW muss endlich ein umfassenderes Bild über die tatsächliche Sicherheitslage im Land bekommen, damit Kriminalität effektiver bekämpft werden kann.

Drucksache 17/9363

Lebensritter rufen auf: Nur mit Maske!

Als Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales beteiligte sich Heike Gebhard an der Aktion „Nur mit Maske!“ des Netzwerks Organspende.

Für transplantierte Menschen gehören Vorsichtsmaßnahmen nicht nur in Zeiten von Covid-19 zur Normalität. Der Schutz vor Viren und Bakterien ist für sie lebensnotwendig. Darauf möchte der Netzwerk Organspende mit der öffentlichkeitswirksamen Aktion aufmerksam machen.

In der aktuellen Situation wird allen das Tragen eines Mund-Nasenschutzes empfohlen. Daher hat das Netzwerk Organspende auf der Seite www.lebensritter.de Informationen zum Coronavirus zusammengestellt.



Copyright by Büro Gebhard